

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**NEWSLETTER
ITALIEN**

Dezember 2017

INTERNATIONAL

- [Der Vorfall vom 6. November 2017](#)
- [Anweisung zum „Stand-by“: Europa sieht bei Pull-Backs zu](#)
- [Die EU, Italien und Libyen: das Ringen um eine Lösung](#)
- [Das *Tribunale permanente dei popoli* in Palermo – Basso Tribunal](#)

ITALIEN

- [Medien, Politik und Angst](#)
- [Proteste](#)
- [Die neuen Sklaven – Olivenernte in *Campobello di Mazara*](#)
- [Norditalien: die unüberwindbare Grenze zu Frankreich](#)
- [Aktuelle Zahlen](#)

INTERNATIONAL

Der Vorfall vom 6. November 2017

Am 6. November fand eine der bisher aufsehenerregendsten Rettungseinsätze in diesem Jahr vor der Küste Libyens statt: das Schiff der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch, die Sea-Watch 3, wurde von der italienischen Seenotrettungszentrale MRCC an den Unglücksort beordert, wo sich neben ihnen auch noch ein Schiff der französischen Marine (Eunavformed), ein italienischer Marinehubschrauber und ein „libysches Küstenwachtschiff“* befanden. Die Einsatzleitung der Rettungsoperation war der Sea-Watch 3 übertragen worden, doch das libysche Schiff reagierte nicht auf die Einsatzorder. Letztendlich verloren ca. 50 Menschen ihr Leben bei dem von der „libyschen Küstenwache“ verursachten Chaos in der Rettungsoperation. In den Medien wurde breit über den Vorfall berichtet, vor allem, weil das libysche Schiff plötzlich losfuhr, obwohl noch ein Geflüchteter an der Rettungsleiter außenbords hing.



Bildquelle: sea-watch.org; „Beweismaterial für unverantwortliches Verhalten der Libyschen Küstenwache“, 8.11.2017.

Die Rufe des italienischen Marinehelikopters „STOP NOW, NOW, NOW!“ gingen um die Welt. Sea-Watch selber hat in einem halbstündigen Video das Geschehen zusammengeschnitten. In der Zwischenzeit sind lediglich noch drei NGO-Schiffe auf Seenotrettungsmission unterwegs. Mehrere NGOs haben ihre Rettungsmissionen aus Sicherheitsgründen ausgesetzt. Diese konstruierte „gefährliche Leere“ im Mittelmeer verheißt nichts Gutes: *„Die geringe Präsenz der NGO-Schiffe im Mittelmeer wurde*

nicht durch einen größeren Einsatz staatlicher Mittel aus Italien und Europa kompensiert“, so Federico Soda, Vorsitzender des Koordinationsbüros des zentralen Mittelmeers der IOM. *„Diese Leere wird neue Tragödien verursachen.“*

Anweisung zum „Stand-by“: Europa sieht bei Pull-Backs zu

In den vergangenen sechs Monaten wurden NGO-Schiffe im Mittelmeer vermehrt Zeugen von sog. Pull-Backs der „libyschen Küstenwache“: dabei wird den NGO-Schiffen der Befehl erteilt, auf „Stand-by“ zu gehen und die Intervention der „libyschen Küstenwache“ abzuwarten. *„NGO-Schiffe müssen oft stundenlang warten, bis die libysche Küstenwache ankommt, und werden zur Untätigkeit gezwungen“*, so Ärzte ohne Grenzen. Die Verantwortung, die Migrant*innen zu retten, liegt deshalb automatisch in den Händen der „libyschen Küstenwache“, welche die Geretteten dann umgehend zurück nach Libyen bringt. An dieser Stelle sei betont, dass sich diese Aktionen in internationalen Gewässern abspielen. Dies verstößt gegen internationales Recht, genauer gegen das „non-refoulement“-Gebot (als Teilaspekt des Folterverbots in Art. 3 EMRK). So argumentiert auch Menschenrechtsanwalt Paolo Biondi, zumal es stichhaltige Beweise dafür gibt, dass die Geflüchteten in den libyschen Haftzentren unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie Folter ausgeliefert werden. Die politische Strategie Europas muss deshalb mehr als kritisch hinterfragt werden. Gegen diese Vorgehensweise und gegen ein stillschweigendes Zusehen der EU haben sechs Abgeordnete des Europäischen Parlaments einen Brief an Federica Mogherini, hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, verfasst.

**Da es keine eindeutige libysche Küstenwache gibt, sondern diese sich aus diversen Sektionen zusammensetzt, die zum Teil mit Milizen zusammenarbeiten, wird der Begriff „libysche Küstenwache“ in Anführungsstriche gesetzt.*

Die EU, Italien und Libyen: das Ringen um eine Lösung

Nachdem CNN das [Video](#) über den Sklavenhandel in Libyen veröffentlichte, gab es weltweit einen lauten Aufschrei. Bestürzt über diese Bilder protestieren Menschen in verschiedenen europäischen Ländern gegen die [Sklaverei in den libyschen Flüchtlingslagern](#). Dass Libyen, ein Land, das sich selber im Bürgerkrieg befindet und welches die Genfer Flüchtlingskonvention nicht anerkennt, geschweige denn die Menschenrechte achtet, kaum je als ein angemessener Vertragspartner betrachtet werden kann, war allerdings schon lange davor bekannt. Diese Bilder jedoch erforderten ein umgehendes Handeln der EU. Während des [EU-Afrika-Gipfels vom 29. und 30. November](#) in Abidjan (Elfenbeinküste) haben die EU-Staats- und Regierungschefs verschiedene Maßnahmen gegen die Versklavung von Flüchtlingen und Migranten in Libyen versprochen. Dazu gehört unter anderem ein Sondereinsatzkommando der EU, der Afrikanischen Union und der UNO (die „[Joint task force](#)“), welches nebst militärischer Operationen, der Verstärkung der Bekämpfung des Schlepperwesens und neuer finanzieller Unterstützung vor allem die „freiwillige“ Rückführung von tausenden in libyschen Haftzentren festgehaltenen Geflüchteten innerhalb von wenigen Wochen vorsieht. Der [UNHCR](#) verurteilte Libyen scharf für die unmenschlichen Bedingungen in seinen Haftzentren und den unzähligen Menschenrechtsverletzungen, die Migrant*innen bei ihrem Aufenthalt erlebten. Auch kritisierte er, die [finanzielle Unterstützung](#) der EU bzw. Italien für die „libysche Küstenwache“, welche immer öfter, Flüchtlingsboote, auch in internationalen Gewässern, abfängt und diese nach Libyen zurückbringt (vgl. dazu „[Stand-by“-Vorfälle](#)“), obschon die menschenunwürdigen Zustände durch unzählige [Zeugenaussagen](#) belegt und außerdem mehrfach von Menschenrechtsorganisation durch fundiertes Beweismaterial dokumentiert sind, wie bspw. im neusten Be-

richt von [Amnesty International](#), in dem Amnesty betont, dass es unerlässlich sei, die Ziele und die Natur einer solchen [Zusammenarbeit zwischen Europa und Libyen](#) zu hinterfragen. Der Fokus müsse weg von einer Verteidigung der Grenzen Europas, hin zur *Verteidigung der Rechte der Geflüchteten und Migrant*innen* gelenkt werden.

Das Tribunale permanente dei popoli in Palermo – Basso Tribunal

Genau diese Verteidigung der Rechte der Geflüchteten und Migrant*innen behandelt das [Tribunale permanente dei popoli](#), dessen Sitzung vom 18. bis zum 20. Dezember in Palermo stattfindet. Dieses im Jahr 1979 ins Leben gerufene politische Gericht hat zum Ziel, all jenen eine Stimme zu geben, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Unter dem Titel „*Rechte der Migrant*innen und Geflüchteten*“ werden während drei Tagen die Ereignisse im Mittelmeer (Pull-Backs, Kriminalisierung der NGOs, usw.), die Menschenrechtsverletzungen in Libyen und die Verwerflichkeit der Abkommen zwischen Libyen und Europa, diskutiert. Nebst den öffentlichen Expert*innenvorträgen über die von der [EU diktierte und von Italien geförderte Grenzpolitik](#), werden außerdem Anhörungen von Zeug*innenaussagen stattfinden. Unter den Zeug*innen sind unter anderem zwei Crew-Mitglieder der Sea-Watch. Am letzten Tag schließlich wird das Gericht sein Urteil fällen und in einer Pressekonzferenz öffentlich verkündigen. Das Urteil hat zwar keine juristische Geltung, dafür sehr wohl einen wichtigen symbolisch-politischen Wert.

ITALIEN

Medien, Politik und Angst

Die Stimmung in Italien unterscheidet sich nicht maßgeblich von derjenigen in anderen Europäischen Staaten, wo Fremdenfeindlich-

keit, Diskriminierung und eine verstärkte Besinnung auf die eigene Nationalität großen Aufschwung erleben. Mit den Szenarien der „Invasion“, wächst die [Politik der Angst](#). Geschürt wird diese Angst durch genau solche Begriffe, die allzu oft in den Medien verwendet werden. Dass die Ankünfte aus Nordafrika im Vergleich zum letzten Jahr um [63% zurückgegangen](#) seien, wird von der Regierung Italiens mit [großer Zufriedenheit](#) begrüßt. Was jedoch ist der Preis für diesen Rückgang? Wo sind die Menschen, die jetzt nicht mehr ankommen? Sie werden [zu Tausenden in den Haftzentren Libyens](#) festgehalten, versklavt, gefoltert und im Stich gelassen.

Proteste

Cona

Am 14. November lancieren Asylsuchende des Aufnahmезentrums in Cona (Venedig) einen symbolischen „[Marsch der Würde](#)“ und gegen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der Ex-Kaserne. Die Aufnahmeeinrichtung in Cona, eine der größten Italiens, war bereits letztes Jahr zum Schauplatz von Protesten geworden. Bürgermeister [Panificio](#) kritisiert: „Es hat sich nichts geändert. Menschen schlafen weiterhin in Zelten. Dies ist eine Frage der Verweigerung der Menschenwürde. Eine Schande.“ Für die [248 Personen](#), die am Protest teilnahmen, hat sich tatsächlich etwas verändert: sie wurden in ein anderes Aufnahmезentrum gebracht. 871 Personen bleiben nach wie vor in Cona.

Lampedusa

Auch im Hotspot von Lampedusa fanden Protestaktionen statt: die [500 im Hotspot festgehaltenen Menschen](#), hauptsächlich Migrant*innen tunesischer Herkunft, begannen gegen die inakzeptablen, unwürdigen Zustände in der nicht funktionstüchtigen Einrichtung zu protestieren. Die Protestierenden klagen das Festhalten der Migrant*innen im Hotspot, die Unmöglichkeit der Asylantragstellung und das

stetige Risiko, mit einem Direktflug von Lampedusa oder von Palermo zurückgewiesen zu werden, an.

Die neuen Sklaven: Olivenernte in Campobello di Mazara

„Ein Freund hat mir gesagt, dass ich hier Arbeit, einen Weg etwas zu verdienen, finden würde, angesichts der Tatsache, dass ich meine Tochter und meine Frau versorgen muss. Vor allem nachdem ich meine Arbeit in Rom verloren hatte, wo ich seit vielen Jahren lebe. Niemand hat mir jedoch gesagt, dass ich hier in die Hölle kommen würde.“ [Dies](#) erzählt ein Vater, der, zusammen mit 1'800 anderen Migrant*innen, nach Campobello di Mazara gekommen ist, um Oliven zu ernten.



Bildquelle: Borderline Sicilia; Campobello di Mazara, November 2017.

Drei Euro pro gefüllter Kiste, 14 Arbeitsstunden pro Tag, kein Wasser, kein Strom. Die Preise sind im Vergleich zum letzten Jahr sogar noch gesunken - Zeichen einer institutionellen Vernachlässigung, in der die Rechte der hier ausgebeuteten Migrant*innen nicht gewahrt werden. Damit wurden die Voraussetzungen zur Entstehung einer [neuen Sklaverei](#) geschaffen.

Norditalien: die unüberwindbare Grenze zu Frankreich

Ohne Dach über dem Kopf der Kälte des Winters ausgesetzt: über 200 Geflüchtete leben entlang des Flusses Roia unter einer Brücke in

[Ventimiglia](#). Knapp ein Drittel davon sind unbegleitete Minderjährige. Ein 16-Jähriger erzählt: „Zehnmal habe ich versucht, die Grenze nach Frankreich zu überqueren, acht Versuche zu Fuß und zweimal mit dem Zug. Jedes Mal wurde ich zurück nach Italien geschickt.“ Die Abweisungen Frankreichs sind inakzeptabel, denn „[unbegleitete Minderjährige](#) haben das [Recht](#), in jedem EU-Mitgliedsstaat internationalen Schutz zu erfragen“, so der Präsident von Oxfam Italien, Alessandro Bechini. Im Rahmen des Projekts „Open Europe“ von Oxfam Italien verteilen [Freiwillige vor Ort](#) Decken, Mützen, Hygieneartikel, Schuhe und Taschenlampen. Sie beraten die Migrant*innen auch beim Beantragen eines Asylgesuchs und klären sie über ihre Rechte auf.

Aktuelle Zahlen

Unterstützung der EU für Italien

Die Europäische Kommission stellt weitere [40 Millionen Euro](#) zur Verfügung, um Italien bei der Steuerung der Migration über die Fluchtroute des zentralen Mittelmeers zu unterstützen. Damit steigt der Fond für die innere Sicherheit auf insgesamt 189 Mio. Euro.

Unterstützung für Libyen

Der "am dringendsten benötigte Teil der EU-Reaktion auf die Situation auf der zentralen Mittelmeerroute" sei die finanzielle Unterstützung von Libyen, so die EU-Kommission. Der Europäische „[Emergency Trust Fund](#)“ für Afrika umfasst aktuell 265 Millionen Euro von EU-Mitgliedsstaaten. Dieser soll bis Ende 2018 um 110 Millionen Euro aufgestockt werden. Das [Geld](#) dient der Rückführungen von Migrant*innen, der Verbesserung der Lage in den libyschen Haftzentren und der Hilfe für Gemeinden entlang der Hauptmigrationsrouten.

Ankünfte

Bislang sind über [117'000](#) Menschen über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien gelangt. Bei [14'579](#) der Angekommenen handelt es sich

um unbegleitete Minderjährige. Die meisten Geflüchteten bestreiten den Weg übers Mittelmeer von Libyen aus. Dieses Jahr jedoch sind die [Abfahrten von Tunesien](#) deutlich angestiegen. Manche vermuten, es sei die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit in Tunesien, welche die Menschen dazu zwingt, ihre Chance anderswo zu versuchen. Andere hingegen [spekulieren](#), dass sich Tunesien einen Deal mit Italien bzw. Europa, ähnlich dem von Libyen, erhofft, um dadurch finanzielle Unterstützung zu erhalten.



Bildquelle: Borderline Sicilia; Ankunft in Palermo, November 2017

Tote und Vermisste

Laut [IOM](#) (International Organisation for Migration) sind **2'823** 2017 auf der Flucht von Nordafrika nach Italien gestorben oder gelten als vermisst.

Kontakt

borderline-europe
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de